

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport**

### **Lehrereinstellung und Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2007/08 hier: Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

#### *Lehrereinstellung*

1. wie viele Lehramtswärterinnen und -anwärter sich für die Aufnahme in den Schuldienst zum Schuljahr 2007/08 beworben haben, aufgeschlüsselt nach Grundschule, Hauptschule, Realschule und Sonderschule (aufgeschlüsselt nach Sonderschularten) und wie viele jeweils für das kommende Schuljahr eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien;
2. bis zu welchen Notenschnitten Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in den Schuldienst eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Schularten, inwieweit es dabei zutrifft, dass sogar Bewerberinnen für die Hauptschulen mit Mängelfächern wie Mathematik und/oder mit Migrationshintergrund und mit besten Noten, nicht eingestellt werden;
3. wie sich die Nichteinstellung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern mit guten Noten im Stufenschwerpunkt Hauptschule mit dem Ziel der Landesregierung vereinbaren lässt, die Hauptschule durch ein erneutes „Stärkungsprogramm“ zu stärken und welche Perspektive die Landesregierung diesen jungen motivierten Lehrerinnen und Lehrern anbieten wird;

#### *Schüler- und Klassenzahlen, sowie Umschichtung von Deputaten*

4. welche Schülerzahlenentwicklung (Rückgang, Zunahme) es an den Schularten Grundschule, Hauptschule, Realschule und Sonderschule im Schuljahr 2007/08 geben wird;

5. wie viele Deputate durch den Schülerrückgang und durch die Stellensperre aus der jeweiligen Schulart abgezogen werden und wie viele Deputate an die Schularten mit zunehmenden Schülerzahlen jeweils „umgeschichtet“ werden;
6. welche Erkenntnisse der Landesregierung über Veränderungen bei der Anzahl der Klassen und der Klassengrößen an den einzelnen Schularten im kommenden Schuljahr vorliegen;

#### *Unterrichtsversorgung*

7. inwieweit es zutrifft, dass der Abzug von Lehrerdeputaten aus den Grundschulen und Hauptschulen wegen der Vielzahl von einzügigen Schulen nicht mit einer Verringerung von Klassen korreliert und sich schon dadurch die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen und Hauptschulen im kommenden Schuljahr deutlich verschlechtern wird;
8. in welchem Umfang es zu reduzierten Pauschalzuweisungen an die Abteilungen für Schule und Bildung in den Landratsämtern, sowie den Schulämtern in den Stadtkreisen kommt, und inwieweit es dabei zutrifft, dass deshalb Stütz- und Förderangebote, ergänzende Unterrichtsangebote und Krankheitsvertretungsstunden vor allem an den Grundschulen und Hauptschulen erheblich abgebaut werden;
9. inwieweit an den Realschulen mit den durchschnittlich größten Klassengrößen Differenzierungskontingente, sowie Stütz- und Förderangebote im kommenden Schuljahr eingerichtet werden;
10. inwieweit es auch im Schuljahr 2007/08 ein strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen geben wird und wie groß dieses sein wird, bezogen auf den Organisationserlass für das kommende Schuljahr;

#### II.

einen Bildungspakt – wie er nach den Grünen jetzt auch von den CDU-Sozialausschüssen gefordert wird – abzuschließen, in dem für eine nachhaltige Bildungsplanung erforderlichen Umfang zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Der Bildungspakt wird schrittweise ab 2012, wenn die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, refinanziert werden.

#### III.

Im Rahmen dieses Bildungspakts folgende Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung zu ergreifen:

1. die Stellensperre für die 870 gesperrten Stellen unverzüglich wieder aufzuheben;
2. die 280 Stellen für die Evaluation nicht aus der Unterrichtsversorgung zu entnehmen;
3. im Schuljahr 2007/2008 die erforderlichen Lehrerstellen für den Ausbau der Ganztagschule an Grund- Haupt- und Realschulen durch die Einstellung von 400 Lehrerinnen und Lehrern bereitzustellen;
4. das strukturelle Defizit in der Unterrichtsversorgung der Sonderschulen (rund 5 %) in einem Stufenplan in den nächsten 3 Jahren abzubauen;
5. den Ergänzungsbereich (vor allem Stütz- und Fördermaßnahmen) im kommenden Schuljahr in vollem Umfang zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen;
6. die Klassengrößen an den Grund- und Hauptschulen auf maximal 25 Schülerinnen und Schülern zu begrenzen, dazu gehören auch strukturelle Maßnahmen wie die Änderung des Zuweisungsmodells der Lehrerstunden (Pro-Kopf-Zuweisung statt Klassenteiler).

30.07.2007

Kretschmann, Rastätter  
und Fraktion

### Begründung

Die Einstellungsrunde für das Schuljahr 2007/08 war ein Schock für die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in Baden-Württemberg. Nach derzeitigem Stand werden rund 5.200 gut ausgebildete und motivierte Junglehrerinnen und Junglehrer in die Arbeitslosigkeit entlassen. Vor allem die Bewerberinnen und Bewerber für die Grundschulen und Hauptschulen werden in der Hauptrunde mit einer Quote von nur 13 % eingestellt. Besonders fatal ist dabei, dass den sechs Pädagogischen Hochschulen im Jahr 2002 wegen drohendem Lehrermangel eine Überlast verordnet und damit die Studierendenzahlen erheblich ausgeweitet wurden. Die Absolventinnen und Absolventen dieses „Überlastprogramms“ stehen heute durch eine verfehlte Planungs- und Einstellungspolitik der Landesregierung arbeitslos auf der Straße. Darunter sind auch junge Lehrerinnen und Lehrer, wie etwa Migranten mit Mangelfächern und guten Noten, die sich bewusst für die Hauptschullehrerausbildung entschieden haben. Jetzt sind sie arbeitslos, obwohl seit vielen Jahren händeringend nach Hauptschullehrkräften gesucht wurde und es immer weniger Studierende mit diesem Studienschwerpunkt gab. Es ist zynisch, dass jetzt einigen von ihnen eine Anstellung als „Schulassistent“ zum Billiglohn angeboten wird.

Dabei fehlen diese jungen Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Es bestätigen sich jetzt die Vorhersagen einiger Ämter für Schule und Bildung, dass sich die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2007/08 deutlich verschlechtern wird. Vor allem der Ergänzungsbereich mit Stütz- und Förderangeboten sowie Krankheitsvertretungen und erweiterten Bildungsangeboten wird erheblich heruntergefahren. Besonders betroffen sind die Grund- und Hauptschulen, denen entsprechend des Schülerrückgangs Deputate abgezogen und an andere Schularten, vor allem die Gymnasien, umgeschichtet werden, ohne dort die Situation zu verbessern. Denn an den Gymnasien haben die Schülerzahlen stärker als prognostiziert zugenommen. Es ist erschreckend, wenn jetzt ausgerechnet an den Grundschulen bei rückläufigen Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung verschlechtert wird. Denn gerade an den Grundschulen brauchen wir eine bessere individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern, insbesondere für gerechte Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen bildungsfernen Schichten.

Die Landesregierung hat vor der letzten Landtagswahl versprochen, alle 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen, die aufgrund des Schülerwachstums und verschiedenen bildungspolitischen Maßnahmen notwendig waren (Grundschulfremdsprache, Vorgriffstundenmodell, G 8 etc.) weiterhin im Bildungsbereich zu belassen. Mit der Sperrung von 521 Stellen und der Nichtbesetzung von 349 weiteren Stellen hat sie dieses Wahlversprechen bereits gebrochen. Bereits jetzt beginnt die Landesregierung mit der Umschichtung von Lehrerstellen aus der Unterrichtsversorgung in Bereiche wie den Ausbau von Jugendbegleitern, Evaluation, Ganztagschule. Dabei gehen die Schülerzahlen erst Zeit versetzt in einigen Jahren deutlich zurück. Die Fraktion Grüne fordert deshalb die Landesregierung auf, nicht auf Kosten der derzeitigen Schülergeneration zu sparen. Wir müssen jetzt in die Köpfe junger Menschen investieren und allen Kindern gute und gerechte Bildungschancen ermöglichen. Nur dann wird es gelingen unseren Wirtschaftsstandort zu sichern und allen jungen Menschen eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir brauchen dazu einen Bildungspakt, mit dem heute zusätzliche Lehrerstellen finanziert werden können und der in Zeiten erheblichen Schülerrückgangs aufgrund der demografischen Entwicklung refinanziert werden kann.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 17. August 2007 Nr. 22-6740.10/605/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen*

*I. zu berichten,*

## Lehrereinstellung

*1. wie viele Lehramtswärterinnen und -anwärter sich für die Aufnahme in den Schuldienst zum Schuljahr 2007/08 beworben haben, aufgeschlüsselt nach Grundschule, Hauptschule, Realschule und Sonderschule (aufgeschlüsselt nach Sonderschularten) und wie viele jeweils für das kommende Schuljahr eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien;*

Zum Sommer 2007 haben sich im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulbereich insgesamt rund 3.100 wissenschaftliche Lehrkräfte, die in diesem Jahr den Vorbereitungsdienst beendet haben, für die Einstellung in den Schuldienst beworben. Für die einzelnen Schularten stellen sich die Neubewerberzahlen (gerundete Werte) wie folgt dar:

Grund- und Hauptschulen: 1.720

davon mit Stufenschwerpunkt

– Grundschule 1.435

– Hauptschule 285

Sonderschulen: 370

Realschulen: 1.010

Bei den Neubewerbern im Sonderschulbereich bewerben sich rund 50 Personen für eine Einstellung unter gleichzeitiger Beurlaubung in den Privatschuldienst. Von einer Aufschlüsselung der Bewerberinnen und Bewerber nach Sonderschularten wird abgesehen, da jede Bewerberin/jeder Bewerber in zwei Fachrichtungen ausgebildet ist.

Bei den Grund- und Hauptschullehrkräften können rund 530 Personen, bei den Sonderschullehrkräften rund 190 Personen und bei den Realschullehrkräften rund 380 Personen im Jahr 2007 in der jeweiligen Schulart in den öffentlichen Schuldienst eingestellt werden. Darüber hinaus können in diesem Jahr insgesamt rund 100 Realschullehrkräfte im gymnasialen und beruflichen Bereich aufgrund der dortigen Bewerberengpässe eingestellt werden. Durch freiwillige Teilzeitbeschäftigungen kann sich die jeweilige Einstellungszahl gegebenenfalls noch erhöhen.

Nachdem aus früheren Prüfungsjahrgängen nur noch eine geringe Anzahl von Altbewerbern (in der Regel die verbliebenen leistungsschwächeren und räumlich nicht mobilen Personen) zur Verfügung stehen, wird bei der Sommereinstellung 2007 überwiegend auf Neubewerberinnen und Neubewerber aus dem diesjährigen Vorbereitungsdienst zurückgegriffen. Das Einstellungsverfahren 2007 läuft noch bis zum 30. September 2007, sodass derzeit keine abschließende Aussage zur Einstellungszahl von Neubewerberinnen und Neubewerbern sowie deren Verteilung auf die Regierungspräsidien gemacht werden kann.

*2. bis zu welchen Notenschnitten Lehramtsanwärterinnen und -anwärter in den Schuldienst eingestellt werden, aufgeschlüsselt nach Schularten, inwieweit es dabei zutrifft, dass sogar Bewerberinnen für die Hauptschulen mit Mängelfächern wie Mathematik und/oder mit Migrationshintergrund und mit besten Noten, nicht eingestellt werden;*

Wie oben schon ausgeführt, ist das Lehrereinstellungsverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen. Die Einstellung zum Schuljahr 2007/08 dauert bis zum 30. Sep-

tember. Nach diesem Termin können Lehrkräfte über die unterjährige Einstellung in den Schuldienst übernommen werden. Deshalb liegen abschließende Auswertungen derzeit nicht vor. Zudem wird eine Fokussierung auf Notenschnitte bei der Auswahl von Lehrkräften dem sorgfältig ausdifferenzierten Lehrereinstellungssystem in Baden-Württemberg nicht gerecht. So ist bei der Gewinnung von Lehrkräften im schulbezogenen Ausschreibungsverfahren die Übereinstimmung des schulischen Anforderungsprofils mit dem Qualifikationsprofil der Bewerberin/des Bewerbers vorrangig. Im Listenauswahlverfahren sind neben dem Rangplatz auf der Bewerberliste entsprechend den Examensleistungen vor allem die schulischen Anforderungen von Fächern und insbesondere die räumliche Mobilität der Bewerberinnen und Bewerber wesentliche Auswahlkriterien. Selbst bestqualifizierte Bewerberinnen und Bewerber können kein Einstellungsangebot erhalten, wenn in den von ihnen genannten Einstellungsbezirken kein Bedarf besteht. Leider ist gerade bei hoch qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern die Bereitschaft, auch schulische Standorte in peripheren Regionen anzunehmen, sehr gering ausgeprägt. Im Verfahren Zusatzqualifikationen werden bei der Vergabe von Einstellungsangeboten Fähigkeiten berücksichtigt, die sich Bewerberinnen und Bewerber nach dem Zweiten Staatsexamen zusätzlich angeeignet haben. Auch bei diesem Verfahren wird deutlich, dass der Notendurchschnitt nicht das einzige Auswahlkriterium ist. Neubewerberinnen und Neubewerber mit Bestnoten im Grund- und Hauptschulbereich haben – nach derzeitigem Stand – auch in diesem Jahr aber durchaus Chancen auf eine Einstellung in den Schuldienst gehabt. Bei einer derzeitigen Einstellungsquote von rd. 25 % bezogen auf die Neubewerber hätten auch im Hauptschulbereich die Leistungsbesten mit einem Einstellungsangebot rechnen können, wenn sie sich in allen Verfahren für das gesamte Land Baden-Württemberg einsatzbereit erklärt hätten.

*3. wie sich die Nichteinstellung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern mit guten Noten im Stufenschwerpunkt Hauptschule mit dem Ziel der Landesregierung vereinbaren lässt, die Hauptschule durch ein erneutes „Stärkungsprogramm“ zu stärken und welche Perspektive die Landesregierung diesen jungen motivierten Lehrerinnen und Lehrern anbieten wird;*

Die Landesregierung ist bestrebt, hochqualifizierten Lehramtsanwärtern und Lehramtsanwärterinnen eine Perspektive im Schuldienst anbieten zu können. Bei der Lehrereinstellung für das Schuljahr 2007/08 kam es wie vorher ausgeführt aber aufgrund der geringeren Einstellungszahlen in besonderem Maße darauf an, eine weiträumige Einsatzbereitschaft zu zeigen. Über die Lehrereinstellung zum neuen Schuljahr hinaus bieten sich weitere Möglichkeiten für Bewerberinnen und Bewerber an. Durch die Absprache mit dem Finanzminister, alle Unterrichtsausfälle wegen Mutterschutz, Elternzeit und ähnlichen Gründen unmittelbar auszugleichen, sofern geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen, ist ein außerordentlich bedeutsames Signal für die Sicherheit der Unterrichtsversorgung auch an den Hauptschulen gesetzt. Dies kommt nicht nur den Schulen zu Gute, hier eröffnen sich im Rahmen einer Vertretungstätigkeit auch Beschäftigungsmöglichkeiten für nicht eingestellte Lehrkräfte. Hinzuweisen gilt es auch auf das umfassende, von der Landesregierung beschlossene Maßnahmenpaket zur Stärkung der Hauptschulen. Bereits im Juli wurden für die Stärkung der Basiskompetenzen in Mathematik und Deutsch 115 Stellen entsperrt und zur Einstellung zum Sommer 2007 freigegeben. Im Rahmen einer schulbezogenen Ausschreibung werden hier vorrangig Bewerberinnen und Bewerber mit dem Stufenschwerpunkt Hauptschule eingestellt. Ein weiteres Element zur Stärkung der Hauptschule ist das Projekt des pädagogischen Assistenten. Auch hier bieten sich für Lehrkräfte, die über die Lehrbefähigung für den Grund- und Hauptschulbereich verfügen, Einstellungsperspektiven an. Wer als pädagogischer Assistent tätig ist, erwirbt weitere für den Lehrerberuf förderliche Fähigkeiten, die im Rahmen des besonderen Verfahrens für Lehrkräfte mit Zusatzqualifikationen berücksichtigt werden können. Außerdem werden auch immer wieder Lehrkräfte für Krankheitsvertretungen gesucht. Lehrkräfte, die mehrmals erfolgreich als Krankheitsvertretung tätig waren, können ebenfalls über das Verfahren Zusatzqualifikationen im Rahmen der dort zur Verfügung stehenden Stellen ein Einstellungsangebot erhalten. Diese Ausführungen machen deutlich, dass auch in der Zeit zwischen den Haupteinstellungsterminen zum Februar bzw. September Angebote für Beschäftigungen vorliegen und die Bewerberinnen und Bewerber Möglichkeiten

ergreifen können, um ihre Perspektiven für eine Einstellung in den Schuldienst zu verbessern.

### Schüler- und Klassenzahlen sowie Umschichtung von Deputaten

4. welche Schülerzahlenentwicklung (Rückgang, Zunahme) es an den Schularten Grundschule, Hauptschule, Realschule und Sonderschule im Schuljahr 2007/08 geben wird;

Abschließende Angaben zu den Schülerzahlen im kommenden Schuljahr liegen erst mit der Veröffentlichung der amtlichen Schulstatistik zum Stichtag im Oktober 2007, d. h. voraussichtlich Ende des Kalenderjahres vor.

Während die Schülerzahlprognose des Statistischen Landesamts zum Schuljahr 2007/08 einen Rückgang der Schülerzahlen an den öffentlichen Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen im Umfang von rd. 16.400 Schülerinnen und Schülern berechnet hat, lassen die Bedarfsmeldungen der Schulen vom Mai 2007 einen noch stärkeren Rückgang in diesen Schularten von über 22.000 Schülerinnen und Schülern erwarten.

Schulart	Veränderung nach der Schülerprognose des Statistischen Landesamts	Veränderung nach den Bedarfsmeldungen der Schulen (Stand: Mai 2007)
Grundschule	-7.000	-12.000
Hauptschule	-7.000	-10.500
Realschule	-2.000	-300
Sonderschule	-400	+100

5. wie viele Deputate durch den Schülerrückgang und durch die Stellensperre aus der jeweiligen Schulart abgezogen werden und wie viele Deputate an die Schularten mit zunehmenden Schülerzahlen jeweils „umgeschichtet“ werden;

Zur Realisierung von Einsparungen war ursprünglich die schrittweise Sperrung von bis zu 521 Lehrerstellen bis zum Ende des Jahres 2008 vorgesehen. Mit der Umsetzung des von der Landesregierung beschlossenen Hauptschulprogramms wird ein Teil dieser Stellensperrungen zum Schuljahresbeginn 2007/08 im Umfang von 115 Stellen wieder aufgehoben. Von den verbleibenden 406 Lehrerstellen entfallen rd. 70% auf den Grund- und Hauptschulbereich und rd. 10% auf den Realschulbereich. Darüber hinaus werden zum Schuljahresbeginn 2007/08 Lehrerstellen zur Abschöpfung des Versorgungsgewinns aus dem Anstieg der Anwärter- und Referendarszahlen bzw. aus der zusätzlichen einen Stunde bei der Unterrichtsverpflichtung für Anwärter und Referendare gesperrt. Von den im Staatshaushaltsplan vorgesehenen 272 Stellensperrungen wurden nur 203 Stellen in Anspruch genommen und zwar entsprechend der Zahl der tatsächlich in den Vorbereitungsdienst eingetretenen Bewerberinnen und Bewerber: 41 Stellen bei den Grund- und Hauptschulen, 57 Stellen bei den Realschulen und 12 Stellen bei den Sonderschulen. Dies wurde nicht zuletzt notwendig, um angesichts der steigenden Anwärter- und Referendarszahlen auf die Einführung eines Numerus Clausus verzichten zu können.

Aufgrund des erwarteten starken Schülerrückgangs vor allem im Bereich der Grund- und Hauptschulen und der noch steigenden Schülerzahlen an den Gymnasien und beruflichen Schulen wurden weitere Umschichtungen im Umfang von 427 Stellen an die Gymnasien und 139 Stellen an die beruflichen Schulen vorgenommen. Rein rechnerisch würden durch den Schülerrückgang bei Anwendung der Schüler-Stellen-Relation des Schuljahres 2003/04 allein bei den Grund- und Hauptschulen über 1.200 Deputate freigesetzt.

6. *welche Erkenntnisse der Landesregierung über Veränderungen bei der Anzahl der Klassen und der Klassengrößen an den einzelnen Schularten im kommenden Schuljahr vorliegen;*

Wie bereits unter Ziffer I. 4. dargestellt, liegen statistische Angaben zur Zahl der Schüler und Klassen sowie Klassengrößen für das Schuljahr 2007/08 voraussichtlich erst Ende des Kalenderjahres vor. Angesichts der erwarteten Schülerzahlentwicklungen ist davon auszugehen, dass in den Schularten, in denen die Schülerzahlen rückläufig sind, die durchschnittlichen Klassengrößen tendenziell abnehmen. Die tatsächliche Klassenbildung an der einzelnen Schule ist abhängig von der dort zu Beginn des Schuljahres gegebenen Schülerzahl bzw. der Organisation der Schule.

#### **Unterrichtsversorgung**

7. *inwieweit es zutrifft, dass der Abzug von Lehrerdeputaten aus den Grundschulen und Hauptschulen wegen der Vielzahl von einzügigen Schulen nicht mit einer Verringerung von Klassen korreliert und sich schon dadurch die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen und Hauptschulen im kommenden Schuljahr deutlich verschlechtern wird;*
8. *in welchem Umfang es zu reduzierten Pauschalzuweisungen an die Abteilungen für Schule und Bildung in den Landratsämtern sowie den Schulämtern in den Stadtkreisen kommt, und inwieweit es dabei zutrifft, dass deshalb Stütz- und Förderangebote, ergänzende Unterrichtsangebote und Krankheitsvertretungsstunden vor allem an den Grundschulen und Hauptschulen erheblich abgebaut werden;*
9. *inwieweit an den Realschulen mit den durchschnittlich größten Klassengrößen Differenzierungskontingente sowie Stütz- und Förderangebote im kommenden Schuljahr eingerichtet werden;*
10. *inwieweit es auch im Schuljahr 2007/08 ein strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen geben wird und wie groß dieses sein wird, bezogen auf den Organisationserlass für das kommende Schuljahr;*

Die Landesregierung geht davon aus, dass mit den insgesamt lt. Staatshaushaltsplan 2007/2008 zur Verfügung gestellten Ressourcen eine vergleichbare Unterrichtsversorgung wie im Vorjahr erreicht werden kann. Wie sich die Situation in den einzelnen Schularten und an den einzelnen Schulstandorten entwickeln wird, kann erst nach Beginn des neuen Schuljahres abgeschätzt werden, da erst dann die tatsächliche Klassenbildung an den Schulen erfolgt ist, die Lehrereinstellung nach Durchführung des Nachrückverfahrens sowie der letzten Stellenauswertung im August dieses Jahres im Wesentlichen vollzogen ist, notwendige Abordnungen und Versetzungen umgesetzt wurden und der Umfang der Lehraufträge der einzelnen Lehrkräfte feststeht. Sollten wesentliche örtliche Ungleichgewichte in der Versorgung gegeben sein, kann die Schulverwaltung erforderlichenfalls durch entsprechende Maßnahmen gegensteuern.

#### **II.**

*einen Bildungspakt – wie er nach den Grünen jetzt auch von den CDU-Sozialausschüssen gefordert wird – abzuschließen, in dem für eine nachhaltige Bildungsplanung erforderlichen Umfang zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden können. Der Bildungspakt wird schrittweise ab 2012, wenn die Schülerzahlen deutlich zurückgehen, refinanziert werden.*

*III.*

*Im Rahmen dieses Bildungspakts folgende Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung zu ergreifen:*

- 1. die Stellensperre für die 870 gesperrten Stellen unverzüglich wieder aufzuheben;*
- 2. die 280 Stellen für die Evaluation nicht aus der Unterrichtsversorgung zu entnehmen;*
- 3. im Schuljahr 2007/2008 die erforderlichen Lehrerstellen für den Ausbau der Ganztagschule an Grund- Haupt- und Realschulen durch die Einstellung von 400 Lehrerinnen und Lehrern bereitzustellen;*
- 4. das strukturelle Defizit in der Unterrichtsversorgung der Sonderschulen (rund 5 %) in einem Stufenplan in den nächsten 3 Jahren abzubauen;*
- 5. den Ergänzungsbereich (vor allem Stütz- und Fördermaßnahmen) im kommenden Schuljahr in vollem Umfang zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen;*
- 6. die Klassengrößen an den Grund- und Hauptschulen auf maximal 25 Schülerinnen und Schülern zu begrenzen, dazu gehören auch strukturelle Maßnahmen wie die Änderung des Zuweisungsmodells der Lehrerstunden (Pro-Kopf-Zuweisung statt Klassenteiler).*

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode bei noch steigenden Schülerzahlen und zur Umsetzung wichtiger bildungspolitischer Maßnahmen insgesamt 5.500 Lehrereinstellungen geschaffen wurden, gehen dem Schulbereich in dieser Legislaturperiode keine Neustellen mehr zu. Trotz über alle Schularten insgesamt wieder rückläufiger Schülerzahlen werden jedoch keine Lehrerstellen abgebaut. Vielmehr haben die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode festgeschrieben, dass sie alle aufgrund rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für bildungspolitische Maßnahmen verwenden wollen. Damit soll insbesondere die frühkindliche Bildung, der Ausbau der Ganztagschulen und die Evaluation umgesetzt werden. Bereits zum kommenden Schuljahr 2007/08 werden die notwendigen Ressourcen für die weitere Genehmigung von Ganztagschulen, den Einstieg in die Evaluation der Schulen und für das Projekt „Schulreifes Kind“ bereitgestellt. Der weitere Bedarf für diese und weitere Maßnahmen in den kommenden Jahren ist im Bedarfsdeckungskonzept des Kultusministeriums bereits berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund besteht keine Notwendigkeit für einen Bildungspakt.

In Vertretung

Fröhlich

Ministerialdirektor